

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 24

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 200.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 15. Januar 1907.

Verleger: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.  
Gesetzliche Anstalt: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Verleger: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.  
Telephon 158; Redaktion Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr.  
Gesetzliche Anstalt: Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Delfastraße 14.  
Telephon-Amt VI Nr. 11499.  
Zust. und Verlag von Otto Ziefle in Halle a. S.

### Zu den Reichstagswahlen.

Wo find die wahren Reaktionäre?

Der Reichstagswahl hat in seinem Wahlbriebe an den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie u. a. ausgeführt, daß nach inner gewisser Kreise von der Idee beherrschet werden, daß die Reaktion im Reich noch recht lebhaft die wahre Gefahr der Reaktion liege jedoch bei der Sozialdemokratie. Im Anschluß daran veröffentlicht der „Sächsische Merkur“ in Stuttgart eine scharfsinnige Antwort auf die Frage: „Wo find die wahren Reaktionäre?“ Diese Antwort lautet kurz und bündig: Die Sozialdemokraten.

Hierzu wird folgende ausgezeichnete Begründung gegeben:

Die Sozialdemokratie ist keine fortschrittliche, sondern eine reaktionäre Partei von unverbesserlichen Bililitäten in Schlafrock und Pantoffeln, die der gesunden Ethik und im Wege steht, da sie die von Gegenwart und Zukunft dem deutschen Volke gestellten politischen Aufgaben gar nicht zu begreifen vermag.

Reaktionär ist sie ganz im allgemeinen, weil sie ihr Parteiprogramm nicht mit dem Volksinteresse verwechselt, was von jeder ein Kennzeichen richtiger Verfassungen gewesen ist, und weil sie kein irgendwie gartertes Interesse außerhalb ihrer selbst als berechtigt anerkennt.

Reaktionär ist sie darin, daß sie jede Regierung des deutschen Nationalgefühls ganz ebenso in Acht und Bann tut, wie es die reaktionären deutschen Regierungen im Jahre 1848 aus Furcht vor dem Entfesseln einer maßvollen deutschen Einheit getan haben.

Reaktionär ist sie in der Kolonialpolitik, worin die Führer der Sozialdemokratie mit dem absoluten Gehirne veranlagter Jester an Eingeburtheit mehrten. Käpfe unter den Sozialdemokraten haben endlich angefangen die Notwendigkeit des Besitzes von Kolonien zu begreifen, aber sie müssen sich vor der Parteidisziplin hüten, sonst fliegen sie hinaus aus dieser „fortschrittlichen“ Partei!

Reaktionär ist die Sozialdemokratie in bezug auf unsere Teilnahme an der Gestaltung der Weltberühmtheit (Weltpolitik). Wenn es nach ihr ginge, so müßte der deutsche Michel mit dem Bierkrug am Ofen sitzen und sich beim Reizen seines Parteibüchchens über Nichtigkeiten aufregen, während andere Völker selbsteigenen ein Stück des Erdballs nach dem anderen unter ihre Herrschaft und Gewalt bringen. Und das will „fortschrittlich“ sein!

Reaktionär ist sie in bezug auf die Ausgestaltung unserer Wirtschaft durch Land und Wasser. Auch in diesem Punkte fehlt es nicht an einzelnen Stimmen in der Sozialdemokratie, die betonen, daß Deutschland noch auf absehbare Zeit genährt sein muß, sein Gebiet und seine Interessen mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, aber der große Haufen der Anhänger wird in schlappere Friedensdialektik einmüht, als ob es nur von Deutschland abhänge, den Frieden zu bewahren!

Reaktionär ist sie, weil sie sich jedem naturgemäßen Fortschritt widersetzt, der ihr Volk mit revolutionären Schlagworten zu füttern; aus dieser Feindschaft heraus hat sie gegen alle grundlegenden sozialpolitischen Gesetze gestimmt, die von den bürgerlichen Parteien geschaffen wurden, und um die der deutsche Arbeiter von den ausländischen beneidet wird.

Reaktionär und bildungsfeindlich ist die Sozialdemokratie ferner durch die Beförderung des blinden Glaubens an Parteipäpste und an Parteigrundfäße, Götzen, die nach Bedürfnis aufgerichtet und gestürzt werden, und durch die geistliche Verbreitung des wirtschaftlichen Überglaubens an Wundermittel, die angeblich die Verneuerung des Wohlstands der arbeitenden Klassen beschleunigen sollen.

Reaktionär ist sie namentlich da, wo sie als Internernehmerin auftritt, sei es in Konsumvereinen, gewerblichen Betrieben oder Straßenfassungen. Der kraße Internernehmerterrorismus, den sie hier übt, ist die rüpelhafte Mißachtung ihrer Arbeiter und Angestellten zeigen ihr wahres Gesicht; das „Freiheitliche“ ist nur eine Maske.

Reaktionär ist sie in ihrer Taktik, indem sie sich an die niedrigsten Regungen der Menschenseele wendet, um ihre Herrschaft über ihre Nachfolger zu behaupten, an den daß gegen Höher- und den Reich gegen Bessergestellte, reaktionär in ihrer Agitation gegen die Getreidebesitzer, wodurch sie zu erkennen gibt, daß sie dem Heißhunger und anprahlendsten Stand, den Bauern, nicht einmal das sorglosest lässliche Brot gönnt.

Wer also am 25. Januar keinen Reaktionär wählen will, der muß gegen die Sozialdemokratie stimmen!

Wählerklub zur Verhinderung ungesetzlicher Wahlweise.  
Die Zahl der wahlberechtigten Arbeiter, die in den letzten Wochen zur Verhinderung der sozialdemokratischen Wählerzahl in Leipzig, Stadt aus dem Leipziger Landreise nach Alt-Leipzig herübergezogen sind, soll einer neueren Meldung des „Leipz. Ztgblts.“ zufolge gegen 1500

bis 2000 betragen. Soweit dieser Wohnungswechsel etwa nur zum Schein und nicht tatsächlich erfolgt sein sollte, wird voraussichtlich die Übertragung in die Wählerliste von Leipzig-Stadt beantragt werden. Trotzdem meint die „Zgl. Ztg.“ mit Recht, daß diesem Umzug ein Hiegel vorgehen werden müsse. Das Reichstagswahlrecht enthält bezüglich der Aufenthaltssdauer keine zeitliche Einschränkung. Wenn aber diese Rüge dazu benutzt wird, durch Wohnveränderung einer solchen Anzahl Wähler, die tatsächlich Ortsanfänger nicht sind, das Wahlergebnis zu „fortirigieren“, so widerspricht das dem Sinne der Verfassung und erfordert daher Remedur.

### Ein Wahlaufruf.

Der Vorstand des Zentralausschusses vereinigt einen Wahlaufruf an das deutsche Handwerk, in dem es heißt:

„Sein Handwerker darf von der Wahlurne fern bleiben, vielmehr werde ein jeder seine vielseitig ausgleichende Stimme in die Wahlzelle. Wenn es gelingt, in allen Angehörigen des deutschen Handwerks das Bewußtsein dessen zu erwecken, was für sie auf dem Spiele steht, und sie dahin zu bringen, von ihrem obersten Recht als Staatsbürger Gebrauch zu machen, so kann es nicht daran fehlen, daß man unteren Wählern Gerechtigkeit und Erfüllung wird. Der Zentralausschuß werrühtige Innungsverbände, der als Vertretung der gewerblichen Interessen des fortgeschrittenen Handwerks Angehörige der verschiedenen Parteien in den angeschlossenen Verbänden umfaßt, kann nicht für oder gegen die eine oder die andere der bürgerlichen Parteien eintreten. Wohl aber müssen wir die Handwerker aufzureden, entgegen der Stellung zu nehmen gegen den gemeinsamen Feind, den gefährlichsten, den das Kleinergewerbe hat: gegen die Sozialdemokratie! Auch sie sucht jetzt bei den Wahlen aus inneren streifen Anhänger zu gewinnen. Nichts aber kann verderblicher sein, als diese Partei noch mehr zu stärken. Wenn in einer politischen Wahlwahlen zum Vorschein des Handwerks vorgeschlagen sind, so hat sich die Sozialdemokratie dagegen erklärt. Was oft hat man nicht von ihren Führern hören müssen, die dem Kleinergewerbe nicht zu helfen sei, und daß es, je eher je besser, beseitigt werden! Durch eine fortgesetzte Verhinderung der Gesellen und Lehrlinge hat man die Handwerker in unsern Gewerben verschunden ist, und daß Lohnbewegungen, Streiks und Boykotts ohne Ende uns die schlimmsten Schäden zufügen. Jede Stärkung dieser Partei bedeutet eine weitere Gefährdung des Lebens und des Fortschritts, und neue Belastungen für den einzelnen nach sich ziehen, die er nicht tragen kann. Deshalb sollte jeder Handwerker in ureigenem Interesse seine Stimme gegen diese Partei abgeben. Selbst eine Wahlenthaltung bedeutet eine direkte Förderung dieses Gegners. Mit allen Nachdruck rufen wir daher unseren deutschen Handwerkskollegen zu: Verweigern niemand an dem Wahltag von seinem Stimmrecht Gebrauch zu machen und Stimme er unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie!“

### Die nationalen katholischen Gegenkandidaten.

In mindelstens sieben Wahlkreisen, Merzig-Saarbrücken, Bergheim-Gurschtrich, Hruweiler-Nayen, Daun-Prüm-Wittburg, Wittlich-Venrathel, Neustadt in Oberpfalz, vieleicht auch in Biberach gegen Groeber, wird das Zentrum mit nationalen katholischen Gegenkandidaten zu rechnen haben. Im Anschlusse an die Konstatierung dieser Tatsache schreibt die „Költische Ztg.“:

„Hierzu kommt nun als besonders bedeutsam die von uns Freitag abend veröffentlichte Kundgebung einer Reihe hervorragender rheinischer Katholiken, die in der Form eines Aufrufs nicht mehr und nicht weniger unterzeichnet, als den bisherigen prominenten Einfluß gegen die Zentrumspolitik zu einem hiesigen maßvollen zu machen, indem alle Katholiken, nicht allein in der Rheinprovinz, aufgefordert werden, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die für die vom Zentrum angebotene koloniale Forderung eintreten, also in eben dem Punkte, der zur Auflösung des Reichstages geführt hat und den das Zentrum jetzt als einen Ehrenpunkt seiner Partei erachtet, die Zentrumspolitik nicht mitmachen, sondern bekämpfen wollen! Mit dieser Kundgebung ist die Auseinandersetzung aus hier und da auffassenden Widersprüchen zu einem grundsätzlichen Einspruch von großer Tragweite zusammengeschlossen worden, der als ein Schritt im Zentrumslager und damit im deutschen Parteienleben überhaupt angesehen und gewertet werden muß.“

### Sichtpunkte des deutschen Nationalismus.

Unter diesem Titel sind in erweiterter Form jedoch die beiden Worträge, die der stellvertretende Kolonialdirektor Wiff. Geh. Rat Bernhard Dernburg am 8. und 11. Januar vor Gelehrten und Künstlern begab. Saalestädten und Industriellen gehalten hat, im Vordahnde (Berlag G. E. Mittler u. Sohn, Berlin SW. 69) erschienen.

„Nationalpolitische“ Vortrag Dernburgs.  
Dem „Hamburger Korrespondenten“ zufolge wird Kolonialdirektor Dernburg einer von der Hamburger Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft angeregten Einladung der Gesamtkammer Folge leisten und in Hamburg einen Vortrag halten.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., den 15. Januar.

### Die Ergebung der Bondevolwants.

Der „Vorwärts“ teilt triumphierend mit, ein aus der ersten Hälfte des Jahres 1906 stammender und vor dem 24. Dezember in Deutschland eingetroffener Brief eines im Süden der Kolonie stationierten Schütztruppensoldaten enthalte die Mitteilung, daß sich Kapitän Christians mit einem Teile der Bondevolwants bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1906 ertheilt hat, und daß, wenn auch die einmütige Friedensabkommen noch nicht in aller Form abgeschlossen war, doch bereits eine Verständigung über die Kapitulationsbedingungen Anfang November erfolgt war. Und von alledem, was sich in der ersten Hälfte des Jahres in Südwestafrika abgeheilt hat, habe der Reichstag am 13. Dezember kein Wort erfahren. Das Blatt hält auf Grund dieses Briefes seine frühere, schon wiederholt widerlegte Behauptung aufrecht, daß die Regierung den Reichstag getäuscht habe, um die Schütztruppen länger in Südwestafrika zu behalten. Der Soldatenbrief, auf den der „Vorwärts“ seine Kapitulation behauptet, auf offenbar nur die unidieren Gerichte wieder, die zur Zeit der Abwendung des Briefes die Kolonie durchzirkulieren. Wie die Sachlage tatsächlich war, erhellt aus Privatbriefen aus Warmbad, vom 14. November bis 10. Dezember datiert, die in den „Leipz. Neuest. Nachr.“ veröffentlicht werden.

Am 14. November heißt es so: „Gestern haben in Heerzogen die eigentlichen Friedensverhandlungen begonnen. Wie man hört, sollen die Potentaten sich weigern, die Gebiete abzugeben. Deshalb haben alle Truppen bereit, um beim Scheitern der Verhandlungen die Verfolgung aufzunehmen.“

Ein Brief vom 20. November sagt: „Die Friedensverhandlungen sind noch nicht beendet, da erst noch einer der Führer der Potentaten, Johannes Christians, mit seinen Leuten herangeholt werden muß. Ohne ihn wollen die Potentaten keinen Frieden machen. Der Vater Malinowski hat sich in die Gegend begeben, in der Johannes vermutet wird. Es sollen übrigens noch 600 Potentaten im Felde stehen.“ In dem Briefe vom 20. November heißt es: „Som Ende der Friedensverhandlungen ist noch nichts zu merken. Vater Malinowski sucht immer noch Johannes Christians, ohne den die Potentaten keinen Frieden machen wollen.“ Der Schluß des Briefes vom 10. Dezember lautet dann: „Aus dem Frieden scheint es wieder nichts zu werden. Die German Potentaten wollen sich aneinander nur einmal herausfüttern, um mit neuen Kräften den Kleinkrieg weiter zu führen.“

So schreibt ein Deutscher in Warmbad, also umweit von der Gegend, wo die Uebergabe der Bondevolwants stand am 24. Dezember stattfand. Am 10. Dezember stand also die Sache so, daß jedermann annehmen, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen wären und daß der Krieg sofort wieder beginnen würde.

\* Groeber als „Entfüller“. In einer am Sonntag in Köln abgehaltenen Versammlung der rheinischen Zentrumspartei drohte auch der Abgeordnete Groeber mit Erörterung von „Kolonialskandalen“. Er wies ausdrücklich auf die Enttüllung neuer, noch unbekannter Gebiete hin und bestännte sich inhaltlich auf kurze Andeutungen solcher Skandale, indem er näheres für die Staatsberatung in Aussicht stellte.

Auch Groeber hält es also für geboten, nur unter dem Schutze der Immunität zu „entfüllen“. Das besagt genug.

\* Von der kaiserlichen Familie. Sonntag nachmittag unternahmen beide Majestäten mit dem Prinzen Oskar und der Prinzessin Viktoria Luise einen Spaziergang im Grunewald. Montag morgen machte der Kaiser einen Spaziergang im Tiergarten, konferierte mit dem Reichstagskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und hörte im königlichen Schlosse den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts. Um 12 1/2 Uhr begab Se. Majestät sich nach dem russischen Botschaft, um anläßlich des russischen Neujahrsfestes dem Botschaften seine Glückwünsche für den Kaiser von Rußland und die kaiserliche Familie auszusprechen.

\* Deutschland und Marokko. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ stellt gegenüber den Reichsvereiner, welche der Kaiser „Leopold“ hypothetisch in dem Eintritt des Majors Tschudi und des Mittelmeeres Wolf in die marokkanischen Dienste knüpfte, fest: Tschudi, ein bisher im Eisenbahnregiment und im Telegraphen-Bataillon gewesener, auf allen Gebieten der Technik bewandert und sprachkundiger Offizier, begleitete den nach Jex reisenden Generalen Dr. Rosen. Er wurde alsdann vom Sultan von Marokko als Berater in etwa vorkommenden technischen Angelegenheiten engagiert. Es ist möglich, daß er als solcher vom Sultan auch bei der diesem nach Artikel 108 der Marokko-Mitte obliegenden Aufstellung der Blaine für öffentliche Arbeiten, welche im Submissionsverfahren zu vergeben sind, herangezogen wird. Das Reich, Rathgeber für seine Entschlüsse frei zu wählen, steht dem Sultan als unabhängigen Souverän des Landes unzweifelhaft zu. Ob Tschudi zugleich etwa privatim von der Firma Krupp beauftragt ist, oder für Privatinteressen irgendwelche Aufgaben zu lösen







...nach einigen Stunden bewusstlos aufgefunden wurde. Der eine Täter namens ... die Ehe eines ...

...wird berichtet. Der Prozess wird in der nächsten Zeit in Genu ...

...Paris, 14. Jan. Der ... der beiden Seiten ein ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

...Paris, 14. Jan. ...

**A. Produkten- und Warenmärkte.**

Getreide und Hülsenfrüchte. L. Hamburg, 14. Jan. ...

**B. Tiere und tierische Produkte.**

Schlachtviehmärkte. Leipzig, 14. Jan. ...



